



## Presse-Information

### Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Laurenzplatz 4, 50667 Köln

E-Mail: [presseamt@stadt-koeln.de](mailto:presseamt@stadt-koeln.de)

Telefax +49 (0) 221 / 221-26486

Redaktionsbüro +49 (0) 221 / 221-26456

Gregor Timmer (gt) 221-26487 Pressesprecher

Inge Schürmann (is) 221-26489 stv. Pressesprecherin

Jürgen Müllenberg (jm) 221-26488

Nicole Trum (nit) 221-26785

Simone Winkelhog (sw) 221-25942

Sabine Wotzlaw (wot) 221-25399

21.12.2016 - 1915

### **Stadt stellt Unterkünfte für LGBTI-Flüchtlinge bereit Angebote für besonders schutzbedürftigen Personenkreis**

Die Stadt Köln hat in diesen Tagen ein deutliches Zeichen für den wertschätzenden Umgang mit Geflüchteten und deren besondere Situation gesetzt: In der Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) konnte der Leiter des Amtes für Wohnungswesen, Josef Ludwig, am 15. Dezember 2016 darüber informieren, dass die Stadt nun spezielle Wohneinheiten für Geflüchtete bereitstellen kann, die dem Personenkreis der Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen angehören.

Die ersten fünf Plätze in einem Gebäude, das vom Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) betreut wird, konnten bereits bezogen werden. Weitere Wohneinheiten werden folgen: In Kürze können zwei Wohngemeinschaften für drei bis sechs Personen zur Verfügung gestellt werden. Ab Februar 2016 wird die Stadt darüber hinaus ein Gebäude einrichten, in dem bis zu 20 Geflüchtete in kleineren Wohngruppen zusammen leben.

Diesen Ergebnissen vorausgegangen waren konstruktive Verhandlungen in einer Arbeitsgruppe, die sich im Sommer 2016 auf Wunsch der StadtAG LST gebildet hatte. Hier wirken neben der Aidshilfe Köln, dem Rubicon e.V., dem SKM und den Rainbow-Refugees Cologne das städtische Amt für Wohnungswesen sowie die Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender mit.

Wichtig ist den Organisationen der Community nicht nur die adäquate Unterbringung der LSBTI-Schutzbedürftigen, sondern auch eine Betreuung, die den besonderen Belangen dieser Personengruppe gerecht wird. Sie leiden häufig nicht nur unter der Gewalt und Verfolgung, die sie in ihren Heimatländern erfahren haben. Oft geht die Diskriminierung in den Unterkünften in Deutschland weiter. Nicht selten sind sie hier Erniedrigungen und homophober Gewalt ausgesetzt.

Ina Wolf von den Rainbow-Refugees, die als Gast an der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft teilnahm, begrüßte die gemeinsam entwickelten Ergebnisse und lobte die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung in den vergangenen Wochen. Wichtig war den Mitgliedern der StadtAG LST, dass sich die Situation dieser besonders schutzbedürftigen Personengruppe auch in der Betreuung widerspiegelt. Es müsse daher in der Zukunft die Möglichkeit geben, die Intensität der Betreuung weiter zu verbessern. Die Vertreterinnen und Vertreter der LSBTI-Community begrüßten das Angebot aus dem Amt für Wohnungswesen und der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender zu re-



Seite 2

gelmäßigen Arbeitstreffen der Gruppe mit dem Ziel, die Betreuungssituation für den Personenkreis Lesben, Schwulen und Transgender zu verbessern.

Einvernehmen gibt es auch im Hinblick darauf, Personen, die mit den Geflüchteten arbeiten, besonders zu schulen. Dies betrifft nicht nur die sozialarbeiterisch- und pädagogisch tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Wohnungswesen. Die für Anti-Gewaltarbeit im Verein Rubicon Tätigen planen eine Veranstaltung für Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler. Zudem soll ein Arbeitskreis aller Organisationen der Community eingerichtet werden, die sich mit Migration und Flucht befassen, um die größtmögliche Vernetzung in der Begleitung und Beratung von Geflüchteten zu erreichen und Synergieeffekte zu nutzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker begrüßte die von der Arbeitsgruppe entwickelten Resultate: „Die Arbeit der vergangenen Monate hat sich gelohnt. Es ist gelungen, für die besonders schutzbedürftigen LSBTI-Geflüchteten ein Angebot zu entwickeln, das ihren Bedürfnissen gerecht wird. Ich bin froh über die Expertise der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft, die die Verwaltung mit ihren Erfahrungen und ihrem Fachwissen sehr unterstützt“, sagte Reker. Sie sei stolz, dass die Stadt Köln als eine der wenigen Gemeinden in Deutschland nun über ein professionelles und zeitgemäßes Konzept für diesen leidgeprüften Personenkreis verfüge. Wichtig sei nun, so ergänzte die Oberbürgermeisterin, die Entwicklung weiter zu beobachten, um auf möglicherweise weitergehende Erfordernisse zeitig reagieren zu können.

-wot-